

Beschlussprotokoll

26. Sitzung – Arbeits- und Sozialpolitischer Ausschuss

16. September 2026 – 14:00 bis 14:45 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Sabine Bächle-Scholz (CDU)

CDU

Jennifer Gießler
Alexander Grotov
Stefanie Klee
Claudia Ravensburg
Max Schad

AfD

Arno Enners
Robert Lambrou
Volker Richter

SPD

Nadine Gersberg
Matthias Körner
Turgut Yüksel

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Marcus Bocklet
Julia Herz
Felix Martin

Freie Demokraten

Yanki Pürsün

fraktionslos

Maximilian Müger

Weitere Anwesende:

Ministerin Heike Hofmann, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei und des Hessischen Ministeriums für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.



Öffentlicher Teil

2. **Dringlicher Berichts Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Bezahlkarte in Frankfurt – konsequente Umsetzung trotz
fortbestehender Tauschbörse?
– Drucks. [21/5164](#) –

Beschluss:

ASA 21/26 – 16.09.2026

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts im Arbeits- und Sozialpolitischen Ausschuss als erledigt.

(einenvernehmlich)

Zu Beginn der Sitzung kam der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss einenvernehmlich überein, den Dringlichen Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Nicht öffentlicher Teil

1. **Gesetzentwurf**
Landesregierung
Gesetz zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit
Sinnesbehinderungen
– Drucks. [21/5075](#) –

hierzu:

Änderungsantrag
Arno Enners (AfD), Volker Richter (AfD), Robert Lambrou
(AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Dr. Frank Grobe (AfD)
– Drucks. [21/5132](#) –

Beschluss:

ASA 21/26 – 16.09.2026

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss beabsichtigt – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Präsidentin –, zu dem Gesetzentwurf am Mittwoch, 28. Oktober 2026, 14 Uhr eine öffentliche mündliche Anhörung durchzuführen.

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss kommt überein, dass zu dieser Anhörung die Kommunalen Spitzenverbände eingeladen werden und außerdem jede Fraktion bis zu fünf Anzuhörende benennen kann.

Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörenden bis Mittwoch, 23. September 2026, zu benennen.

Hinweis: Benannte Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter müssen im Lobbyregister des Hessischen Landtags eingetragen sein.

Die Anzuhörenden werden um die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme bis Mittwoch, 14. Oktober 2026, gebeten.

(einstimmig)

3. Verschiedenes

Mitteilung der Ministerin

Anhörung

Beschluss:

ASA 21/26 – 16.09.2026

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss beabsichtigt – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Präsidentin –, zu dem angekündigten Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Gewalthilfegesetz – vorbehaltlich der Überweisung durch das Plenum – am Donnerstag, 5. November 2026, 10 Uhr eine öffentliche mündliche Anhörung durchzuführen.

Der Arbeits- und Sozialpolitische Ausschuss kommt überein, dass zu dieser Anhörung die Kommunalen Spitzenverbände eingeladen werden und außerdem jede Fraktion bis zu fünf Anzuhörende benennen kann.

Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörenden bis Freitag, 2. Oktober 2026, zu benennen.

Hinweis: Benannte Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter müssen im Lobbyregister des Hessischen Landtags eingetragen sein.

Die Anzuhörenden werden um die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme bis Donnerstag, 29. Oktober 2026, gebeten.

(einstimmig)

Wiesbaden, 16. September 2026

Protokollführung:

Vorsitz:

Rebecca Recebs

Sabine Bächle-Scholz